Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4735

24. 05. 96

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Uschi Eid und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 13/4538 —

Unterstützung von Konfliktmanagement-Aktivitäten der OAE (Organisation der Afrikanischen Einheit) durch die Bundesregierung

1. In welcher Form hat die Bundesregierung auf den Aufruf des VN-Generalsekretärs im VN-Dokument A/50/711; S/1995/911 vom 1. November 1995 reagiert, in dem er die Mitglieder einlädt, „in einen Trust-Fonds Beiträge einzubezahlen, welcher dazu dient, die Vorbereitungen zur Konfliktprävention und Friedenserhaltung in Afrika zu verbessern"?

Der Bericht des Generalsekretärs der VN zur Verbesserung der Fähigkeiten zur Konfliktverhütung und Friedenserhaltung in Afrika enthält aus der Sicht der Bundesregierung eine Reihe von interessanten und diskussionswerten Vorschlägen zur Verbesserung der Konfliktmanagement-Kapazitäten afrikanischer Staaten und der OAE. Die Bundesregierung wird sich an der Diskussion über die Umsetzung dieser Vorschläge auch weiterhin beteiligen und wird in dem Maße, in dem ihre Realisierung konkrete Formen annimmt, prüfen, inwieweit projektgebundene Unterstützung geleistet werden kann.

2. In welcher Weise hat die Bundesregierung auf die Bitte der OAE an die internationale Staatengemeinschaft, finanzielle und materielle Hilfe für die OAE-Mission in Burundi (OMIB) zu leisten, reagiert (siehe Resolution zu Burundi CM/Res.1582 [LXII])?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 21. Mai 1996 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Bundesregierung hat der OAE seit 1993 rd. 450 000 DM für ihre Militärbeobachtergruppe in Burundi (MIOB) aus Mitteln der Ausstattungshilfe und der humanitären Hilfe zur Verfügung gestellt (verwendet für Transportkosten von OAE-Kontingenten und Medikamente).

3. Was tut die Bundesregierung, um der Bitte der OAE nachzukommen, Tansania, Zaire und Burundi logistisch und finanziell darin zu unterstützen, in den Lagern der ruandischen Flüchtlinge die Milizen und frühere Armeeangehörige von den zivilen Flüchtlingen zu trennen (siehe Resolution zur Situation in Ruanda CM/Res.1583 [LXII])?

Die Bundesregierung teilt mit anderen Geberländern die Besorgnis der OAE über den destruktiven Einfluß der Milizen und früheren Armeeangehörigen auf die zivilen Flüchtlinge in den ruandischen Lagern in Zaire, Tansania und Burundi. Sie hat – wie auch die anderen Geberländer und die internationale Gemeinschaft – aufgrund der spezifischen Lage in den drei genannten Ländern und ihrer jeweiligen politischen Interessen jedoch bisher keine Möglichkeit, auf eine Trennung der militanten von den zivilen Flüchtlingen hinzuwirken.

4. Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung zur ECOMOG (Monitoring Gruppe der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten) in Liberia, die dort den Frieden sichern soll, aber wegen großer finanzieller und logistischer Probleme dazu nicht in der Lage ist und dadurch sinnvolle und notwendige friedenssichernde Maßnahmen der VN und ECOMOG unterminiert werden und in Verruf geraten?

Die Bundesregierung bereitet derzeit die Lieferung von 35 Lastkraftwagen aus Bundeswehrbeständen an die militärische Beobachtergruppe der Vereinten Nationen, UNOMIL, für eine spätere Nutzung durch ECOMOG vor. Die Auslieferung wird von der Entwicklung der Lage in Liberia abhängen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung bereits im August 1994 20 Lastkraftwagen UNOMIL zur Verwendung durch ECOMOG zur Verfügung gestellt.

5. Wie hat die Bundesregierung auf die Bitte der OAE an die internationale Staatengemeinschaft reagiert, die Beiträge zu dem VN-Trust Fonds für Liberia zu erhöhen?

Die Bundesregierung hat die vielfältigen Bemühungen der Staatengemeinschaft und der Vereinten Nationen um eine Verbesserung der Situation in Liberia stets unterstützt und wird dies auch weiterhin tun. Sie unterstützt insbesondere die VN-Mission in Liberia (UNOMIL) und leistet humanitäre Hilfe für die liberianische Bevölkerung. Die Bundesregierung hat keine Beiträge zum VN-Trust Fonds für Liberia geleistet.

6. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den folgenden Vorschlägen der OAE
   - die VN mögen bei friedenssichernden Maßnahmen in Afrika stärker mit der OAE zusammenarbeiten,
   - die VN mögen die OAE bei der Mobilisierung finanzieller und logistischer Hilfe für spezielle OAE-Friedensinitiativen unterstützen,
   - die VN mögen die OAE bei der Stärkung der institutionellen und operativen Kapazität ihrer Konfliktmanagement-Abteilung durch Ausbildung von Personal, wissenschaftliche Untersuchungen sowie öffentliche Bewußtseins- und Sensibilisierungsprogramme unterstützen?

Die Bundesregierung befürwortet die Vorschläge der OAE für eine engere Kooperation zwischen VN und OAE. Der Generalsekretär der VN hat sich in seiner „Agenda for Peace" eingehend mit dem Verhältnis der VN zu Regionalorganisationen befaßt und damit eine wichtige Grundlage für eine künftige engere Zusammenarbeit gelegt. Die Bundesregierung fördert dies. Sie unterstützt die Entsendung zweier afrikanischer Offiziere in die Abteilung für friedenserhaltende Maßnahmen des VN-Sekretariates mit 200 000 DM. Sie ermöglicht darüber hinaus mit den der OAE zur Verfügung gestellten Mitteln (vgl. Antwort zu Frage 7) die Entsendung eines Mitarbeiters dieser VN-Abteilung zur OAE und trägt mit diesen Maßnahmen zur Stärkung der operativen Kapazitäten der OAE in den Bereichen Konfliktverhütung und Friedenserhaltung bei.

7. In welcher Form hat die Bundesregierung auf die Bitte der OAE reagiert, daß auch außerafrikanische Staaten freiwillige Beiträge zur Finanzierung des Kairo-Mechanismus für Konfliktprävention, Konfliktmanagement und Konfliktlösung leisten mögen, und mit welcher Beitragshöhe gehört die Bundesrepublik Deutschland zu den bisher wenigen freiwilligen außerafrikanischen Beitragszahlern?

Die Bundesregierung hat der OAE bisher 500 000 DM für von dieser vorzuschlagende konkrete Projekte zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hat die Bundesregierung seit 1993 rd. 450 000 DM für die Militärbeobachtergruppe MIOB in Burundi zur Verfügung gestellt (vgl. Antwort zu Frage 2).

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333